



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 23.02.2022, 17:00 Uhr, Reithaus, Königsallee 43 (Hybrid-Sitzung)

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Erhöhung Elternbeiträge für die
Schulkindbetreuung ab dem Schuljahr
2022/2023**

Vorl.Nr. 001/22

Abgelehnter Beschlussvorschlag:

Ab dem Schuljahr 2022/23 werden die Elternbeiträge in der Schulkindbetreuung einschließlich Ferienbetreuung jährlich entsprechend der Steigerungsrate der gemeinsamen Empfehlungen der Kirchen und der kommunalen Landesverbände prozentual fortgeschrieben. Die Elternbeiträge werden auf volle Euro aufgerundet.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschlussvorschlag wird mit 18 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
 Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden im Reithaus. Die Sitzung findet in einem hybriden Format statt. Hierzu ist im Vorfeld an die Stadträtinnen und Stadträte, die Presse und die beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Link verschickt worden. OBM Dr. Knecht prüft die Anwesenheit. Digital zugeschaltet sind Stadträtin Clausen, Stadtrat Dogan, Stadtrat Lutz, Stadtrat Maier, Stadträtin Metzger, und Stadtrat Schreiber. OBM Dr. Knecht stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt er Tagesordnungspunkt 3 ab. Für die Bürgerschaft stehen Sitzmöglichkeiten im Saal, unter Einhaltung der Hygienevorschriften, bereit. Er ruft Tagesordnungspunkt 1 auf.

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Beratung im Bildungs- und Sozialausschuss. Nachdem ein Sachvortrag nicht gewünscht wird, eröffnet er die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** setzt sich für einen Ausbau der Grundschulen nach dem Ganztagskonzept der Landesregierung ein. Dadurch wäre die Schulkindbetreuung in diesem Umfang nicht mehr nötig, meint sie. Die Verwaltung sei an der Ausweitung dran, um ein flächendeckendes Angebot zu schaffen. Bei der Schulkindbetreuung haben die Eltern eine Wahl, im Gegensatz zur Kitagebühr. Die Stadt fördere das Angebot aus Haushaltsmitteln. Die Erhöhung sei gering und hinsichtlich des Haushaltes annehmbar. Die Gebührenkommission solle schnell vorangetrieben und auf die Schulkindbetreuung übertragen werden. Mehrheitlich werde ihre Fraktion der Vorlage zustimmen.

TOP 1

**Erhöhung Elternbeiträge für die
Schulkindbetreuung ab dem Schuljahr
2022/2023**

Vorl.Nr. 001/22

Die Erhöhung sei nach der letztjährigen Nullrunde tragbar und notwendig, meint Stadtrat **Meyer**. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Man müsse nicht nur die Belastung der Eltern, sondern ebenso die Belastung des städtischen Haushaltes beachten. Die Gehälter der Betreuungskräfte seien gestiegen. Er geht auf das Schreiben des Gesamtelternbeirates ein. Die Sicherstellung der Betreuung bei Ausfallzeiten der Lehrkräfte liege in der Verantwortung des Landes. Das Land solle ansonsten die Ausfälle der Lehrerarbeitszeit entsprechend kompensieren.

Die Fraktion um Stadträtin **Moersch** werde geschlossen gegen eine Erhöhung stimmen. Sie halte es für unerträglich, dass den Bürgern in die Tasche gegriffen werde unter anderem durch die Parkraumbewirtschaftung oder Friedhofsgebühren und ärgert sich über fehlende Einsparmaßnahmen der Verwaltung. Viele sinnlose Investitionen seien in der Vergangenheit erfolgt, hier nennt sie beispielhaft das Pop-up Szenario am Arsenalplatz. Hier habe die Verwaltung die Kosten nicht im Blick gehabt. Im Verlauf des Jahres seien mehrere Klausuren zu den zukünftigen Planungen, Machbarkeiten, Rahmenbedingungen und Investitionen geplant. Diese Ergebnisse sollten abgewartet werden. Im vergangenen Jahr habe ihre Fraktion den Haushalt abgelehnt, vor allem weil die Einsparpläne der Verwaltung nicht überzeugt haben und die Konsequenz fehle. In den kommenden Monaten werde ihre Fraktion keinen Beschlüssen, im Vorgriff der Klausur, zustimmen. Durch Corona seien die Eltern erheblich belastet. Sie geht auf den Beschluss aus dem Jahre 2020 ein. Hier wurde eine entsprechende Steigerungsrate, angepasst an die Empfehlung der Verbände und Kirchen, beschlossen. Die Kommission sehe sie nicht als eine echte Einbindung der Eltern, da der Beschluss bereits feststehe.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** lehnt die Vorlage ebenso ab. Nachfolgend der Redebeitrag von Stadtrat Prof. von Stackelberg: „Bei uns allen ist Corona angekommen. In allen unserer Haushalte und Familien sind durch die zusätzlichen Belastungen die Kosten im letzten Jahr extrem gestiegen. Dazu kommt noch die allgemeine Preissteigerung. So kommt Corona nun auch in der Schulkindbetreuung an. Für eine verlässliche Betreuung bildet sie einen wichtigen Baustein. Das haben wir vor allem in letzter Zeit sehr deutlich gesehen in welche Belastungen Familien gekommen sind. Heute müssen wir über eine vergleichsweise geringe Erhöhung der Elterngebühren entscheiden. Laut der Verwaltungsvorlage wären im Zuge dieser Erhöhung pro Jahr 35.000€ Mehreinnahmen für den städtischen Haushalt zu erzielen. Aber genau durch diese - wenn manchmal auch gering erscheinenden - zusätzlichen Belastungen erhöhen sich die Lebenskosten für Familien gerade in der Summe sehr deutlich. In vielen Bereichen sind deutliche Preissteigerungen spürbar, die am Ende immer weniger vom Einkommen übriglassen – da werden auch vergleichsweise geringe Beitragsanhebungen spürbar. Wir möchten heute ein Zeichen setzen die Familien nicht weiter zu belasten und zumindest für ein weiteres Jahr für Preisstabilität an diesem Punkt stimmen. Zusätzlich kommt hinzu, dass wir gerade mitten im Prozess sind die Elternbeiträge in Kitas neu zu diskutieren.“

Wie Sie in der Vorlage bereits geschrieben haben, sollen sich die Beiträge der Schulkindbetreuungen daran ebenfalls anpassen. Uns erscheint es deshalb sinnvoll auf die Ergebnisse dieser Diskussionen zu warten, bevor wir erneut neue Beiträge für die Schulkindbetreuung beschließen müssen. Auch die in der Beschlussvorlage genannte automatische Erhöhung alle zwei Jahre lehnen wir heute ab. Das soll ebenfalls im Gleichklang mit den Diskussionen um die Kita-Gebühren diskutiert und entschieden werden. Deshalb werden wir heute gegen eine Erhöhung der Elternbeiträge in der Vorlage 001/22 stimmen, um ein klares Signal für die Unterstützung von Familien in dieser schwierigen Zeit zu senden.“

Stadtrat **Haag** meint, dass der Vorschlag der Gebührenkommission abgewartet werden sollte. Die Vorlage sei angemessen und nachvollziehbar, jedoch komme die Erhöhung zur falschen Zeit, vor allem hinsichtlich der ansteigenden Lebenshaltungskosten. Grundsätzlich spreche er sich nicht gegen eine Weitergabe von Kostenanteilen an die Eltern aus. Er wünscht ein zügiges Ergebnis der Kommission und einen Ausbauplan. Er werde der Vorlage heute nicht zustimmen.

TOP 1

**Erhöhung Elternbeiträge für die
Schulkindbetreuung ab dem Schuljahr
2022/2023**

Vorl.Nr. 001/22

Ebenso wird Stadtrat **Müller** die Vorlage ablehnen und spricht sich für eine kostenfreie Ausbildung aus. Die Eltern seien durch Corona stark belastet und eine stabile Betreuung sei nicht gewährleistet. Eine Gleitklausel wird ebenso abgelehnt.

Stadtrat **Weiss** appelliert das Kindergeld zu erhöhen und wünscht, dass die FDP-, SPD- und Grünen-Fraktion klare Signale an die Abgeordneten absetzen.

OBM **Dr. Knecht** geht auf die Konsolidierungsbemühungen der Verwaltung ein. Hohe Einsparsummen konnten erreicht werden. Viele Stellen seien zudem nicht besetzt. Weitere Diskussionen werden in den Klausuren erfolgen. Er lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 2

**Re-Zertifizierung mit dem European Energy
Award (eea)**

Vorl.Nr. 022/22

Beschluss:

Das für die Re-Zertifizierung mit dem European Energy Award erforderliche Energiepolitische Arbeitsprogramm für die Jahre 2022 bis 2026 wird beschlossen.

Die einzelnen darin enthaltenen neuen Maßnahmen werden soweit erforderlich dem Gemeinderat jeweils zum Beschluss vorgelegt. Die erforderlichen Haushaltsmittel werden im Rahmen der jeweiligen Haushaltsberatungen zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadträtin Schmidt
Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** geht auf die Vorlage ein und spricht ein Lob an alle Beteiligte aus. Danach stellt er die Vorlage zur Abstimmung.

TOP 3

Tätigkeitsbericht 2021 & Ausblick 2022 der Gleichstellungsbeauftragten

Vorl.Nr. 016/22

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt OBM **Dr. Knecht** diesen Tagesordnungspunkt ab.

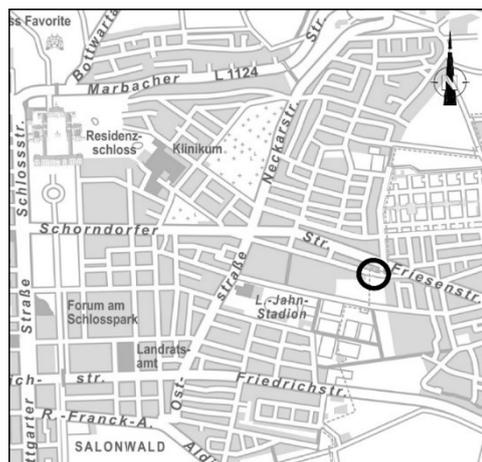
TOP 4

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Schorndorfer Straße 172" Nr. 045_04_00 - Aufstellungsbeschluss und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Vorl.Nr. 017/22

Beschluss:

- I. Die Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Schorndorfer Straße 172“ Nr. 045_04_00 wird beschlossen. Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Lageplan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 21.01.2022.
- II. Ziel der Planung ist die Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum und Angeboten von Gütern des täglichen Bedarfs (z. B. Bäcker, Metzger, Apotheke, Biomarkt). Darüber hinaus sieht die Planung gastronomische Nutzungen und die Schaffung eines Quartiersplatzes vor.
- III. Die Verwaltung wird beauftragt, **nach Abschluss einer Rahmenvereinbarung**, eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen.
- IV. Für das Verfahren wird das beschleunigte Verfahren gem. § 13a BauGB angewendet. Von der Umweltprüfung, dem Umweltbericht und einer Übersicht umweltbezogener



Informationen wird abgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 27 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadträtin Schmidt

Befangen: Stadtrat Juranek
Stadtrat Klotz

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Juranek** und Stadtrat **Klotz** erklären sich für befangen und nehmen im Zuschauerraum Platz.

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden, lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage abstimmen.

TOP 5

**Namensänderung der August-Lämmle-Schule in
'Grundschule Oßweil'**

Vorl.Nr. 275/21

Beschluss:

Die August-Lämmle-Schule in Oßweil wird zum Schuljahr 2022/23 umbenannt. Als neuer Name der Schule wird „Grundschule Oßweil“ festgelegt, die Umbenennung ist gültig ab 01.08.2022.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Es erfolgt eine getrennte Abstimmung zu Satz 1 und Satz 2.

Der Beschluss zu Satz 1 wird mit 20 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Der Beschluss zu Satz 2 wird mit 23 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** geht auf die Vorlage und die vorliegenden Anträge der CDU-Fraktion und DIE LINKE ein. Das Thema nehme die Stadt emotional mit. Man wolle kein historisches Urteil über die Person Lämmle fällen, sondern Ruhe in die Schulgemeinschaft und in den Stadtteil bringen. Eine Bürgerbefragung bringe an dieser Stelle eine Verzögerung und Sorge weiterhin für Unruhe. Das Ergebnis würde lediglich als Hinweis für die Entscheidung des Gemeinderates dienen. Die Umbenennung in einen anderen prominenten Namen könne die Verwaltung nicht empfehlen. Die Verwaltung plädiere für einen Namen, der lediglich die Schulfunktion und den Ortsteil benenne.

Nachfolgend der Redebeitrag von Stadträtin **Shoaleh** zur Bürgerbefragung: „Für „Bürgerbefragung“ gibt es kein Wort im persischen Vokabular, und schon gar nicht für Bürgerinnenbefragung! Als eine Frau, die mehr als die Hälfte ihres Lebens in einem totalitären politischen System aufgewachsen ist und in dieser Zeit nie als Bürgerin zu irgendetwas gefragt worden ist, hat, glaube ich, niemand hier eine größere Sehnsucht nach „Bürger*innen Befragung“ als ich! Das ist ein wichtiger und wertvoller Bestandteil unseres Demokratieverständnisses, den ich persönlich sehr schätze. Es ist uns als Fraktion - sehr wichtig, die Meinung der Menschen vor Entscheidungen zu hören und sie auch mitzunehmen. Dennoch muss es für ein politisches Gremium Grenzen geben und es gibt Themen und Zeiten, in denen wir Verantwortung übernehmen müssen. Die Grenze ist, wenn es um die Spaltung der Gesellschaft geht. Die unsere Gesellschaft gerade aus uns allen bekannten Gründen zu drohen scheint. Wir sitzen hier als gewählte Gemeinderat*innen. Und dafür haben wir den Auftrag die Interessen der Bürger*innen zu vertreten und auch Verantwortung zu übernehmen. Nun gilt es für uns abzuwägen, übernehmen wir diese Verantwortung und entscheiden jetzt im Interesse und zum Wohl aller Ludwigsburger*innen – und vor Allem der Schülerinnen und Schüler – Sowohl der Vertreter des Bürgervereins, in der Veranstaltung der VHS im Oktober letzten Jahres, als auch die Schulkonferenz in ihrer Stellungnahme, haben klar und deutlich die Entscheidungsbefugnis über die Namensänderung der Schule in der Verantwortung des Gemeinderats gesehen. Ich zitiere aus der Stellungnahme der Schulkonferenz: „wir sehen die Verantwortung und Kompetenz für eine

TOP 5

**Namensänderung der August-Lämmle-Schule in
'Grundschule Oßweil'**

Vorl.Nr. 275/21

sachkritische Entscheidung zur künftigen Namensgebung unserer Schule auf Ebene der politischen Gremien“. und DAS sind wir, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Im Stadtteilausschuss wurde das Thema erörtert, uns liegen E-Mails und Briefe mit Stellungnahmen vor, es gab Leserbriefe in der LKZ und fanden auch persönliche Gespräche statt. Auch der Jugendgemeinderat und der Integrationsrat haben sich geäußert. Vielen Dank an dieser Stelle dafür. Das alles sind auch Meinungen, die uns bereits erreicht haben. Es ist nun unsere Aufgabe eine Entscheidung zu treffen. Wir finden in Zeiten, in denen manche Menschen sich entscheiden, mit zum Teil rassistisch kritischen Äußerungen, (um das mal milde auszudrücken) montags spazieren zu gehen, in Zeiten, in denen unsere Politiker und Politikerinnen für das Umsetzen der demokratischen Werte und Gesetze, beschimpft, bedroht, gar umgebracht werden, dürfen wir solch eine Verantwortung nicht abgeben. Ich persönlich glaube nicht, dass die CDU mit ihrem Antrag eine Verzögerungsstrategie verfolgt, aber das tut er. Eine Bürgerbefragung soll in die Entscheidung des GR miteinfließen, so in der Begründung des Antrags. Ich frage mich und die CDU in welchem Maß soll die Entscheidung mit einfließen? Wer soll in die Befragung mit einbezogen werden? Nur die Einwohner des Stadtteil

Oßweil, wenn es um eine grundlegende Frage geht? Dürfen die Schüler auch mit abstimmen, d.h. welche Altersgrenze setzen wir? Wie lautet die entscheidende Frage? Wird diese in die eine oder andere Richtung positiv formuliert? Hier geht es nicht um eine Entscheidungshilfe, hier geht es nicht um die Meinungsfindung. Ganz gleich, was für eine Meinung jedes Mitglied dieses Gremiums hat, die wir zu respektieren wissen, heute ist nicht unsere Meinung gefragt, heute sind WIR in unserer HALTUNG gefragt. Wir lehnen den Antrag der CDU auf eine informelle Befragung der Bürgerinnen und Bürger ab. Nicht weil wir gegen Bürger*innen-Befragung sind, sondern weil wir diese Entscheidung zu treffen, in unserer Verantwortung sehen.“ Sie geht weiter auf die Umfrage des Bürgervereins, mit einer Beteiligung von 20%, ein. Eine Befragung kann nicht zur Entscheidung beitragen.

Nachfolgend der Redebeitrag von Stadträtin **Shoaleh** zur Namensänderung: „Über die Person August Lämmle wurde sehr viel gesprochen, über die Licht- und Schattenseiten seines Lebens. Ich kannte August-Lämmle nicht. Ich habe mich mit ihm, seinem Leben und seinen Gedichten auseinandergesetzt. Bei den Gedichten muss ich allerdings zugeben, dass ich ziemliche Schwierigkeiten hatte, da mein schwäbisch nicht ausreichend ist! Herr Meyer, Sie haben im BS gesagt, er war ein Kind seiner Zeit und ein Mensch voller Widersprüche. Ja, Licht und Schatten eben! Geschichte ist die Grundlage unserer Demokratie und auch das Fundament unserer Zukunft. Sie zeigt uns wie wir es machen sollen und wie wir es nicht machen sollte. Und das können wir unseren Kindern nicht zeigen, indem wir ihre Schule nach einer Person benennen, die in den Schattenseiten seines Lebens den Frieden nicht bewahrt, sondern aktiv gegen ihn eingetreten ist. Das ist unumstritten und das wissen wir. So wie wenn jemand heute Mitglied einer politischen Partei ist, so steht man auch zu was oder hinter was. Die Geschichte ist wandelbar und die Zeiten haben sich geändert. Zum Glück! Es hieß, er habe sich für seine Äußerungen entschuldigt. Das ist gut, das zeigt Einsicht. Aber reicht in diesem Kontext eine Entschuldigung? Kann man sich für etwas schuldig machen und sich dann ENTschuldigen? Ich glaube wir sind uns einig, dass es eine Grenze gibt. Das ist wichtig und unsere Aufgabe unseren Kindern zu zeigen, wie weit man gehen darf, um seine Ziele zu erreichen. Ich glaube wir sind uns einig, dass Menschen für ihre Äußerungen und Handlungen Verantwortung tragen müssen. August Lämmle war zu seiner Zeit in vielen Punkten ein Vorbild. Er hat aber auch eine politische Haltung AKTIV und über einen langen Zeitraum vertreten, die zum Tod vieler Menschen geführt hat. Über was wollen wir hier eigentlich entscheiden? Was sind die Folgen unserer Entscheidung? Eine Entscheidung für die Namensänderung, zeigt unseren Kindern, wie entschieden wir uns gegen jegliche Form von Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung stellen. Gute Gedichte und künstlerische Fähigkeiten stehen nicht über unserem Anspruch an Achtung und Wahrung der Menschenrechte. Eine Entscheidung für die Namensänderung ist eine Entscheidung dafür, die Bedürfnisse und Rechte von Hinterbliebenen in einem Hohen Maße mitzudenken. Eine Entscheidung für die Namensänderung ist eine Entscheidung, den Opfern des Holocaust eine

TOP 5

**Namensänderung der August-Lämmle-Schule in
'Grundschule Oßweil'**

Vorl.Nr. 275/21

Stimme zu geben. Wie würden Sie eine andere Entscheidung denn vor Ihnen rechtfertigen? Mit guten Gedichten? Eine Entscheidung für die Namensänderung, ist KEINE Entscheidung GEGEN August-Lämmle, sondern eine Entscheidung FÜR demokratische Prinzipien und zeigt unseren Kindern, was wir bereit sind für diese Werte zu tun. Lassen Sie uns Vorbilder sein! Ich habe mir gedacht, was würde August Lämmle selbst sagen, wenn er die Diskussion mitbekommen würde. Und nachdem, was ich von ihm gelesen und gehört habe, bin ich mir sicher, er wäre einsichtig, dass wir ihn nun mit Würde, für das, was er war, nämlich ein anerkannter Heimatdichter, aber für die Schattenseiten seines Lebens, als Namensträger einer Grundschule verabschieden sollen. Ich bitte

Sie, liebe GR*innen ihn heute in hoher Anerkennung und dennoch entschieden als Namensgeber der Grundschule in Ossweil zu verabschieden. Vielen Dank!“ Den Vorschlag die Schule in Astrid-Lindgren-Schule umzubenennen, finde sie gut. Sie werde jedoch dem Verwaltungsvorschlag folgen.

Stadtrat **Meyer** geht auf den eingebrachten Antrag zur informellen Bürgerbefragung ein. Er sieht hierin ein Ergebnis aus dem Ortsteil. Es gebe viele Meldungen aus dem Stadtteil, die für eine hohe Identifikation mit dem Heimatdichter sprechen. An der Veranstaltung der Vhs konnte coronabedingt nicht Jeder teilnehmen. Der Gemeinderat stehe für Bürgerbeteiligung. Er geht auf die Umfrage des Bürgervereins, mit einer guten Rücklaufquote, ein. Die Unruhe in der Schule sei von außen eingebracht worden, meint er. Die Ablehnung einer Befragung sei kein Weg für eine schnelle Befriedung. Für eine Umbenennung gebe es keinen Grund. Geschichte solle nicht getilgt werden, sondern man solle sich damit beschäftigen und Erkenntnisse daraus ziehen. Das Lebenswerk solle in Betrachtung der gesamten Leistung und der Fehler Lämmles gesehen werden und nicht begrenzt. Seine Fehler habe er später mehrfach bereut und thematisiert. 1955 sei die Namensentscheidung durch Verwaltung und Gemeinderat in persönlicher Kenntnis mit Sorgfalt getroffen worden. Auch hier solle respektvoll mit den Entscheidungen der Vorgänger umgegangen werden. Aus heutiger Sicht solle man nicht, ohne Geschichtskennntnisse, über andere ein Urteil fällen. Millionen Menschen seien Anhänger der NSDAP gewesen. Dem Antrag auf Umbenennung in Astrid-Lindgren-Schule werde seine Fraktion nicht zustimmen. Man kann heute nicht wissen, ob künftig diese Namensgeberin nicht ebenso skandalisiert werde. Die Bürgerschaft hinterfragt die derzeitige Diskussion, aufgrund vieler aktueller anderer Probleme an der Schule. Die Diskussion sehe er als sinnvoll an, da es wichtiger denn je sei, sich mit der Geschichte zu beschäftigen. Eine Übereinkunft gegen eine Bürgerbefragung habe es im Bildungs- und Sozialausschuss nicht gegeben. In der Stadtteilausschusssitzung sei der Wunsch bereits auf eine Bürgerbefragung eingebracht worden.

Nachfolgend der Redebeitrag von Stadtrat **Dengel**: „Uns geht es nicht darum, Naziverbrechen klein zu reden. August Lämmle war ein Mitläufer wie viele Millionen Deutsche dieser Zeit. Wir wollen, dass sich mit der Zeit des 3. Reiches auseinandergesetzt wird. Das geht nicht, wenn wir Namen ausradieren. Es sei wichtig zu erfahren, wie es dazu kommen konnte, dass so viele Menschen die Gefahr des 3. Reiches verkannten. Gerade heute, wo es eine Partei, die AfD, gibt, die Rechtsradikalen in ihren Reihen duldet und unterstützt, ist das wichtiger denn je.“ Er wünscht eine Sichtbarmachung der Vita Lämmles. Seine Fraktion stimme gegen eine Umbenennung.

Nachfolgend der Redebeitrag von Stadtrat **Prof. von Stackelberg**: „Sehr geehrter Herr OB und Bürgermeister*innen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Anwesende, gerne möchte ich unsere Stellungnahme in zwei Abschnitte aufteilen: Zum einen geht es ja um den weitergehenden Antrag der CDU zu einer informellen Bürgerbefragung, zum anderen um die Verwaltungsvorlage 275/21. Deswegen möchte ich zunächst zum Antrag der CDU für unsere Fraktion Stellung nehmen. Uns hat es sehr verwundert, dass es überhaupt zu diesem Antrag kommt, haben wir uns doch in vorausgegangenen BSS Sitzungen darauf verständigt, keine Bürgerbefragung zu diesem Thema zu machen. Die einhellige Meinung dazu war damals, nicht die Gefahr einer Spaltung der

TOP 5

**Namensänderung der August-Lämmle-Schule in
'Grundschule Oßweil'**

Vorl.Nr. 275/21

Schulgemeinschaft, der Schulkonferenz, der Elternschaft und des Stadtteils auszulösen. Warum die CDU hier von dieser Vereinbarung nun doch abgewichen ist, müssen die Kollegen noch erklären. Zumal letztlich doch der GR darüber zu entscheiden hat. Das ist ja zurecht auch immer die Aussage des Kollegen Hermann zur Hoheit des GR als Hauptorgan. Um es gleich zu Beginn deutlich

klarzustellen: die SPD ist grundsätzlich für Bürgerbeteiligungen, aber auch am richtigen Ort, wo es sinnvoll und auch der Sache angemessen und dienlich ist. Eine Bürgerbeteiligung z.B. wie bei der stadtweiten Umfrage zum Thema Wohnen, wie kürzlich geschehen, oder vielleicht mal das Thema Stadtbahn betrifft die gesamte Stadtgesellschaft und hat Einfluss auf unser tägliches Leben. Daher ist sie in solchen Fällen wirklich sinnvoll und hoffentlich ertragreich. Es ist hier aber keine Entscheidung der Stadtteilgesellschaft, die nicht zuständig ist, sondern der gesamten Stadtbevölkerung. Für den Fall der Bürgerbeteiligung zur Umbenennung der GS Oßweil gilt, dass die Stadt ja Schulträgerin ist und ein Schulname auch für ganz LB steht. Andere Kommunen sind diesen Weg bereits gegangen und haben den Namen August-Lämmle abgeändert. Ohne Bürgerbefragung übrigens. Wie auch bei der Sophie-Scholl-Schule. Deswegen stellt sich die Frage, warum dieser Antrag jetzt eine scheidemokratische Verschiebung der GR-Entscheidung - die dann sowieso folgen muss - bewirken soll. Die CDU schreibt ja in ihrem Antrag selber: "Das Ergebnis kann dann in die vom GR zu treffender Entscheidung einfließen". Seltsam, dass die Teile des GR die immer - und das zurecht - die Kostenentwicklung des Haushalts im Blick haben, ausgerechnet an diesem Punkt bereit sind, für eine pseudodemokratische Umfrage mehr als 10.000.-€ und einen immensen Verwaltungsaufwand auszugeben. Uns sind auch die Stellungnahmen der Historiker, der Schulkonferenz, des Bürgervereins Oßweil, des JGR, des Integrationsrates und viele Einzelstellungnahmen bekannt. Diese sind sehr unterschiedlich und helfen dem GR bei seiner Entscheidung letztlich nicht wesentlich weiter. Es ist und bleibt die Entscheidung jedes einzelnen gewählten Vertreters. Wir lehnen den Antrag der CDU auf Bürgerbefragung ab und tragen gerne die Idee der Bürgerbeteiligung weiter aktiv mit - aber wie schon gesagt - bei den Themen der Stadt an denen der Ertrag und der Aufwand in einem angemessenen Verhältnis steht. Das sehen wir in diesem Fall nicht erfüllt. Zum eigentlichen Antrag der Verwaltung zur Umbenennung der Schule in GS Oßweil ist bereits letzte Woche und heute vieles gesprochen worden. Ich werde jetzt nicht nochmal auf die Einzelheiten des Lebens und Wirkens und die verschiedenen historischen Blickwinkel auf August Lämmle eingehen. Über die haben wir uns informiert und darüber wurde hier schon mehrfach ausführlich debattiert. Für uns gelten sehr einfache Prinzipien:

1. wir stellen uns nicht über Personen, die in bestimmten politischen Verhältnissen aus heutiger Sicht falsche Entscheidungen getroffen haben. Viele Familien haben Vorfahren, die sich an diversen Taten und Verhalten beteiligt haben oder beteiligt wurden, die wir heute nicht mehr gutheißen können. Allerdings haben wir die Möglichkeit, diesen Namen nicht durch Schul-, Straßen- oder sonstige Benennungen eine Popularität zu geben, die nicht als gute Beispiele in unserer Gesellschaft und unseren Moralvorstellungen dienen. August Lämmle hatte in seiner Zeit eine hervorgehobene Stellung und muss sich daran auch in seinem Tun heute messen lassen.
2. die Namensänderung der Schule beeinträchtigt nicht das Schaffen von August Lämmle. Jeder der sich für den Heimatdichter interessiert kann dies jederzeit tun in Bibliotheken, Antiquariaten oder Vereinen. Es gibt hier keine Zensuren oder Beschränkungen in unserem demokratischen Staat und in unserer Stadt. Dass sich Interessierte für den Heimatdichter engagieren, sei ihnen absolut freigestellt.
3. aus pädagogischer Sicht ist es aber nicht sinnvoll und aus unserer Sicht auch nicht tragbar, belastete Personen als Namensgeber für öffentliche Einrichtungen, schon gar nicht für pädagogische Einrichtungen und zuallerletzt auch für eine Grundschule zu verwenden.
4. die Schulgemeinschaft kann sich gerne - wie schon angeregt wurde- über Tafeln oder QR-Codes des Themas annehmen. Aber man muss dabei auch bedenken, dass die Schule ja gerade auch andere wichtigere Themen hat als sich in eine öffentliche Auseinandersetzung zum Schulnamen zu begeben und letztlich dabei nur verlieren könnte. Wie hart und verbissen diese Diskussion in der Zwischenzeit leider geworden ist, sehen wir ja hier bei uns im Gremium. Vielleicht muss man

TOP 5

**Namensänderung der August-Lämmle-Schule in
'Grundschule Oßweil'**

Vorl.Nr. 275/21

hier auch mal die Kirche im Dorf lassen, eine Schulumbenennung ist schließlich ein reiner Verwaltungsakt, der eine von vielen Schulen in Ludwigsburg betrifft. Wir meinen das ist auch für die Schule - wie es auch in der Stellungnahme der Schulkonferenz zu lesen ist - nachvollziehbar und tragbar.

5. zu dem Antrag der Linken zur Abänderung auf den Namen Astrid-Lindgren-Schule werden wir aus heutiger Sicht nicht zustimmen. Die Idee klingt zunächst nicht schlecht, um damit das Kürzel ALSO zu erhalten, sollte aber nicht ad hoc jetzt und hier im GR entschieden werden, ohne dies vorher mit der Schule zu besprechen.

Für die eiligen Zuhörer:

- wir lehnen den CDU-Antrag zur Bürgerbefragung ab, kostet nur, verzögert die Entscheidung und trägt den Konflikt in den Stadtteil
- wir stimmen dem Verwaltungsvorschlag zur Umbenennung in GS Oßweil zu
- wir lehnen, zumindest zum jetzigen Zeitpunkt, die Umbenennung in Astrid-Lindgren-Grundschule ab.“

Der Prozess habe keine Eile, merkt Stadtrat **Haag** an und zeigt sich verwundert über die Haltung mancher Fraktionen. Diese würden Bürgerbeteiligung offenbar immer dann gerne sehen, wenn die Ergebnisse ihre eigenen Standpunkte bekräftigen. Eine Bürgerbefragung sei das Mindeste, was geschehen sollte, meint er. Diese Idee sei bereits in der Stadteilausschusssitzung eingebracht worden. Die Rücklaufquote aus der Umfrage des Bürgervereins sei gut. Die Unruhe sei durch die Verwaltung ausgelöst worden. Durch die Bürgerbeteiligung könne man Ruhe schaffen. Die Fragestellung sei nicht kompliziert und das Gebiet abgrenzbar. Er plädiert für eine Bürgerbeteiligung. Er fragt, ob künftig auch Straßen umbenannt werden sollen.

Stadtrat **Müller** merkt an, dass andere Kommunen bereits eine Umbenennung von Schulen und Straßen vorgenommen haben. Er spricht sich für eine Umbenennung aus. Lämmle sei kein Vorbild für eine Grundschule. Aufgrund des Wunsches nach einer Beibehaltung des Kürzels sei der Antrag auf Umbenennung in Astrid-Lindgren gestellt worden. Sie eigne sich mit ihren bekannten Werken gut als Namensgeberin. Das Instrument der Bürgerbefragung sei bei strittigen Themen sinnvoll. Nachdem sich jedoch die Lehrer und Elternschaft dem Gemeinderatsvotum unterwerfen wollen, sehe er keinen Grund für eine Befragung. Sofern sein Antrag keine Mehrheit finde, werde er dem Verwaltungsvorschlag folgen.

Stadtrat **Sorg** fragt nach dem Ziel der Bürgerbefragung und wie bindend das Ergebnis sei, beziehungsweise in die Entscheidung einfließe. Ludwigsburg solle nicht die einzige Kommune in der Region sein, die am Namen festhalte. Eine Auseinandersetzung mit der Geschichte solle an allen Schulen, unabhängig der Namensgebung, stattfinden. An vielen Orten im Stadtteil könne an Lämmle weiter zu Recht gedacht werden. Gerade weil es wichtigere Themen an der Schule gebe, solle heute eine Entscheidung fallen und der Prozess nicht in die Länge gezogen werden. Bei einer Bürgerbefragung müsse die gesamte Stadt einbezogen werden, meint er. Einen Unterschied sehe er in Straßen- und Schulnamen. Als Mitläufer sei Lämmle kein Vorbild für eine Grundschule.

Eine Bürgerbeteiligung sei für die Entscheidung nicht bindend, so Stadtrat **Dr. O'Sullivan**. Er geht auf den zu befragenden Personenkreis ein und fragt, ob auch Kinder, Jugendliche, etc. befragt werden sollen. Hierzu wünscht er eine Klarstellung.

Stadtrat **Weiss** fragt, warum man heute Gericht halte über Menschen, die man nicht persönlich kennengelernt habe.

Stadtrat **Herrmann** geht auf die Stellungnahmen der Historiker ein. Teilweise stelle er diese in Frage. Er geht auf den gestellten Antrag auf Bürgerbefragung ein. Die Fragen zum Personenkreis
TOP 5 **Namensänderung der August-Lämmle-Schule in** **Vorl.Nr. 275/21**
'Grundschule Oßweil'

können gelöst werden. Er könne sich eine ähnliche Form wie bei der Befragung in Neckarweihingen vorstellen.

Stadtrat **Herrmann** stellt einen Antrag auf getrennte Abstimmung zu Satz 1 und Satz 2 des Beschlussvorschlages.

OBM **Dr. Knecht** lässt erst über den Antrag der CDU (Nr. 064/22) abstimmen. Dieser wird mit 19 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Danach lässt OBM **Dr. Knecht** über den Antrag von Stadtrat Herrmann zur getrennten Abstimmung über Satz 1 und Satz 2 des Beschlussvorschlages abstimmen. Dieser Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Daraufhin stellt OBM **Dr. Knecht** Satz 1 des Beschlussvorschlages zur Abstimmung.

Nachdem dieser mehrheitlich angenommen wird, lässt OBM **Dr. Knecht** über den Antrag der LINKE (Nr. 072/22) abstimmen.

Nachdem dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt wird, lässt er über Satz 2 des Beschlussvorschlages abstimmen.

TOP 5.1

- Antrag der CDU-Fraktion vom 11.02.2022

Vorl.Nr. 064/22

Antragstext:

Bürgerbefragung in Oßweil zur August-Lämmle-Schule

Zur Frage, ob der Name der August-Lämmle Schule in Oßweil beibehalten oder ob die Schule umbenannt werden soll, findet eine informelle Bürgerbefragung im Stadtteil Oßweil statt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 19 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadträtin Schmidt

TOP 5.2 - Antrag der Linken vom 15.02.2022

Vorl.Nr. 072/22

Antragstext:

Die Grundschule in Oßweil wird von August-Lämmle-Schule in Astrid-Lindgren-Schule umbenannt. Somit kann die geläufige Kurzbezeichnung ALSO beibehalten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme, 37 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mit großer Mehrheit abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadträtin Schmidt

TOP 6 Änderung der Richtlinien für die Bildung von Stadtteilausschüssen

Vorl.Nr. 392/21

Beschluss:

Der Änderung der Richtlinien für die Bildung von Stadtteilausschüssen (s. Anlage) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadträtin Clausen
Stadtrat Dogan
Stadtrat Haag

Stadtrat Lutz
Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden, lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage abstimmen.

TOP 7

**Änderung der Besetzung des
Stadtteilausschusses Hoheneck**

Vorl.Nr. 043/22

Beschluss:

Gemäß den geltenden Richtlinien zur Bildung von Stadtteilausschüssen wird auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr **Konrad Weyhmann**, Sigillataweg 17, 71642 Ludwigsburg-Hoheneck
als Mitglied in den Stadtteilausschuss Hoheneck berufen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadträtin Clausen
Stadtrat Dogan
Stadtrat Haag
Stadtrat Lutz
Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden, lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage abstimmen.

TOP 8

**Ausscheiden von Stadtrat Girrbach (Bündnis
90/Die Grünen) aus dem Gemeinderat**

Vorl.Nr. 002/22

Beschluss:

Protokollauszug Gemeinderat 23.02.2022

Stadtrat Max Girrbach (Bündnis 90/Die Grünen) scheidet mit sofortiger Wirkung aus dem Gemeinderat aus.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadtrat Dogan
Stadtrat Haag
Stadtrat Lutz
Stadträtin Schmidt
(Stadtrat Girrbach)

TOP 8

Ausscheiden von Stadtrat Girrbach (Bündnis 90/Die Grünen) aus dem Gemeinderat

Vorl.Nr. 002/22

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** spricht seinen Dank für die engagierte Mitarbeit im Gemeinderat aus und übergibt ein Präsent.

Stadtrat **Girrbach** teilt seine Beweggründe mit. Für ihn sei die Zeit als Stadtrat in Ludwigsburg bereichernd gewesen. Es sei wichtig, nicht immer nur in der eigenen Suppe zu schwimmen, sondern sich mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen, sagt er und dankt für die gemeinsame Zeit.

TOP 9

Nachrücken von Frau Andrea Molkenthin-Keßler in den Gemeinderat sowie Feststellung möglicher Hinderungsgründe für den Eintritt

Vorl.Nr. 003/22

Beschluss:

Dem Eintritt von Frau Andrea Molkenthin-Keßler, Bunzstraße 12, 71638 Ludwigsburg, in den Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg stehen keine Hinderungsgründe entgegen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadtrat Haag
Stadtrat Lutz
Stadträtin Schmidt
(Stadtrat Girrbach/ Stadträtin Molkenthin-Keßler)

Beratungsverlauf:

Zunächst erfolgt die Abstimmung über die Vorlage.

Anschließend verpflichtet OBM **Dr. Knecht** Frau **Molkenthin-Keßler** auf das durch das Ausscheiden von Herrn Girrbach frei gewordene Gemeinderatsmandat.

Er trägt folgende Verpflichtungsformel vor:

„ICH GELOBE TREUE DER VERFASSUNG, GEHORSAM DEN GESETZEN UND GEWISSENHAFTE ERFÜLLUNG MEINER PFLICHTEN. INSBESONDERE GELOBE ICH, DIE RECHTE DER STADT LUDWIGSBURG GEWISSENHAFT ZU WAHREN UND IHR WOHL UND DAS IHRER EINWOHNER UND EINWOHNERINNEN NACH KRÄFTEN ZU FÖRDERN.“

TOP 9

Nachrücken von Frau Andrea Molkenthin-Keßler in den Gemeinderat sowie Feststellung möglicher Hinderungsgründe für den Eintritt

Vorl.Nr. 003/22

Stadträtin **Molkenthin-Keßler** spricht die Verpflichtungsformel nach und gelobt und bekräftigt ihre Verpflichtung dem Oberbürgermeister gegenüber durch Handschlag.

Die Verpflichtung wird bestätigt:

Stadträtin Andrea Molkenthin-Keßler _____

OBM **Dr. Knecht** übergibt einen Blumenstrauß an Stadträtin **Molkenthin-Keßler**.

Stadträtin **Molkenthin-Keßler** freut sich auf die Arbeit in Ludwigsburg. Sie habe bereits Erfahrung in der Kommunalpolitik gesammelt. Vor ihrem Umzug nach Ludwigsburg habe sie sich bereits in der Kommunalpolitik engagiert.

TOP 10

Änderung der Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien

Vorl.Nr. 004/22

Beschluss:

Nach dem Ausscheiden von Stadtrat Max Girrbach und dem Nachrücken von Stadträtin Andrea Molkenthin-Keßler in den Gemeinderat werden auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

die Ausschüsse und sonstige Gremien gemäß §§ 40, 41 und 104 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) neu gebildet bzw. neu besetzt:

Alle Mitgliedschaften in den städtischen Ausschüssen und Gremien (als Mitglied und Stellvertreterin) von Herr Girrbaach werden künftig von Frau Molkenthin-Keßler übernommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
 Stadtrat Lutz
 Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden, lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage abstimmen.

OBM **Dr. Knecht** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung. Im Anschluss findet eine nichtöffentliche Sitzung statt.